

AUSGABE VOM 16. NOVEMBER 2019

Halbzeitbilanz: Regierung Laschet bringt NRW und Köln voran

Am Dienstag stellte NRW-CDU-Ministerpräsident Armin Laschet die Halbzeitbilanz der CDU/FDP-Landesregierung vor. Der Wechsel von Rot-Grün zu Schwarz-Gelb hat sich nach Ansicht des Kölner CDU-Bundestagsabgeordneten Karsten Möring für das Land mehr als gelohnt. Die Regierung Laschet habe Nordrhein-Westfalen spürbar nach vorne gebracht.

So sei beispielsweise unter CDU-Innenminister Herbert Reul die Zahl der Wohnungseinbrüche drastisch zurück gegangen und die Aufklärungsquote bei Straftaten auf den besten Stand seit 1960 angestiegen. „Mehr Sicherheit ist gut für die Menschen auch in Köln!“, lobt MdB Möring die Arbeit der NRW-Landesregierung.

Feierliches Gelöbnis vor dem Reichstag

Am 64. Gründungstag der Bundeswehr legten deutschlandweit Rekruten ihr feierliches Gelöbnis ab. Vor dem Berliner Reichstagsgebäude waren es am Dienstag 400 Rekrutinnen und Rekruten. In Anwesenheit von zahlreichen Ehrengästen aus Politik, den verbündeten Streitkräften und vielen Verwandten und Freunden gelobten und schworen die Soldaten „der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen“.



Starkes Bekenntnis zur Parlamentsarmee: Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble bei seiner Gelöbnisansprache. (Foto: privat)

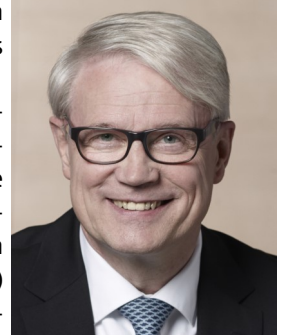
In der Begrüßung durch Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer, auf deren Initiative die öffentlichen Gelöbnisse zurückgehen, nannte sie diese „ein schönes Zeichen der Anerkennung für die Bundeswehr“. Danach sprach Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble. Seit 75 Jahren lebe Deutschland in Frieden. Eine große Leistung, an der auch die Bundeswehr einen wichtigen Anteil habe. „Damit wir weiter in Frieden leben können, brauchen wir die Bundeswehr,“ betonte er in seiner Gelöbnisansprache. Der Entschluss, dem Land zu dienen, sei alles andere als belanglos und nicht ohne Risiko. Er könne sogar das Leben kosten. Für die Bereitschaft zu diesem Dienst versprach er den Soldatinnen und Soldaten, dass der Bundestag hinter ihnen stünde. Sie würden

nicht leichtfertig in Einsätze geschickt, und ihre Pflichterfüllung nähme das Parlament in die Pflicht, dafür zu sorgen, dass sie für ihren Dienst bestens vorbereitet und ausgerüstet würden. Die Bundeswehr sei und bleibe eine Armee nicht der Regierung, sondern des Parlaments - eine Parlamentsarmee.

Der Kölner CDU-Bundestagsabgeordnete Karsten Möring begrüßt die öffentlichen Gelöbnisse. Sie machten die Bundeswehr sichtbarer und seien zugleich Ausdruck unserer Anerkennung für die Soldatinnen und Soldaten. Auch Soldatinnen und Soldaten aus Köln setzten sich mit ihrem Leben dafür ein, dass wir in Frieden und Freiheit leben können. „Ihnen allen gilt unser Dank und Respekt, und sie verdienen einen festen Platz in unserer Gesellschaft“, so MdB Möring.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

in der jüngsten Sitzung des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages wurde dessen Vorsitzender Stephan Brandner (AfD) mit den Stimmen aller anderen Ausschussmitglieder abgewählt. Das war richtig und notwendig. Zwar schreibt die Geschäftsordnung des Bundestages das Verfahren vor, nach dem die Fraktionen Ausschussvorsitze besetzen, die Person schlägt aber die jeweilige Fraktion selbst zur Wahl vor. Die AfD sollte nun eine geeignete Person benennen.



Brandner war untragbar geworden, weil er immer wieder mit provozierenden Äußerungen sexistischen, extremistischen und antisemitischen Inhalts auftrat. Der Rechtsausschuss steht aber mehr als jeder andere für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Werte unseres Grundgesetzes. Das Amt eines Vorsitzenden verlangt, diese Werte zu verkörpern, im Denken wie im Handeln.

Brandner habe Menschen ausgegrenzt und diffamiert, Ressentiments geschürt und die Gesellschaft gespalten. Sein ganzes Handeln stehe in fundamentalem Widerspruch zu unseren demokratischen Überzeugungen. Das wäre nicht länger hinnehmbar. Brandner habe mit seinem Verhalten dem Ansehen des Amtes und des gesamten Parlamentes geschadet. Ihm fehlten Anstand, Respekt und Würde, so die Begründung der anderen Ausschussmitglieder.

Brandner habe Menschen ausgegrenzt und diffamiert, Ressentiments geschürt und die Gesellschaft gespalten. Sein ganzes Handeln stehe in fundamentalem Widerspruch zu unseren demokratischen Überzeugungen. Das wäre nicht länger hinnehmbar. Brandner habe mit seinem Verhalten dem Ansehen des Amtes und des gesamten Parlamentes geschadet. Ihm fehlten Anstand, Respekt und Würde, so die Begründung der anderen Ausschussmitglieder.

Dem ist nichts hinzuzufügen.

Ihr

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Köln I



Spannendes Praktikum beendet



Nach zwei Wochen beendete der 18-jährige Kölner Abiturient Christian Kliemsch sein Praktikum im Berliner Büro des CDU-Bundestagsabgeordneten Karsten Möring. Er besuchte Arbeitsgruppen- und Ausschusssitzungen, verfolgte Debatten im Plenum und begleitete MdB Möring zu Interviews und Diskussionsrunden. „Ich konnte den Gesetzgebungsprozess besser kennenlernen, was mich in meinem künftigen Studium weiterbringen wird. Herrn Mörings Arbeit in den Ausschüssen für Bau sowie für Umwelt, ermöglichte mir einen neuen Blick auf Themen, die die Gesellschaft bewegen“, bilanzierte der angehende Jurastudent. In Erinnerung bleibt auch eine prominente Begegnung im Bauausschuss (v.l.n.r.): Staatssekretärin Bohle, MdB Möring, Christian Kliemsch und Innenminister Seehofer. (Bild: Privat)

„Nationales Begleitgremium“ übergibt Tätigkeitsbericht



Das Nationale Begleitgremium (NBG) ist ein unabhängiges Gremium, in dem Bürger und Personen des öffentlichen Lebens die Suche nach einem Standort für das Endlager für hochradioaktive Abfälle begleiten und treuhänderisch für Transparenz und Ergebnisneutralität bürgen. Geologische Daten und andere Entscheidungsgrundlagen sollen keine „Blackbox“ sein. Deshalb hat das NBG uneingeschränkte Einsicht in alle Vorgänge und Akten der Standortsuche. Den Bericht über die bisherige Tätigkeit des Gremiums übergaben die beiden Vorsitzenden, Prof. Dr. Klaus Töpfer und Prof. Dr. Miranda Schreurs (links u. mittig) an die zuständigen Abgeordneten der Bundestagsfraktionen, Sylvia Kottling-Uhl (Grüne), Karsten Möring (CDU/CSU) und Hubertus Zdebel (LINKE). (Bild: Privat)

Möring bei Friedman: Mietendeckel verfassungswidrig



Über den umstrittenen „Mietendeckel“ des rot-rot-grünen Berliner Senats diskutierte am Donnerstag Michel Friedman in seiner TV-Talkrunde mit Bernd Riexinger, Parteichef der Linken und Kölns CDU-MdB Karsten Möring. „Der Mietendeckel ist verfassungsrechtlich unhaltbar, weil das Land Berlin keine Gesetzgebungskompetenz hat. Im Übrigen schreckt ein Mietendeckel nur bauwillige Investoren ab. Und ohne Investoren geht es nicht. Der Staat kann nicht die Wohnungen selbst bauen, die benötigt werden. Statt Geld zum Kauf von Wohnungen auszugeben, sollte der Berliner Senat lieber den Neubau anreizen.“ Zur Sendung geht es [hier](#). (Bild: WELT)

Migrationsmuseum in Köln bekommt festes Haus

In Köln entsteht aus dem Dokumentationszentrum über die Migration in Deutschland (DOMiD) ein zentrales „Haus der Einwanderungsgesellschaft“. Das DOMiD war 1990 von Migrantinnen und Migranten gegründet worden um die deutsche Erinnerungskultur vielfältiger zu gestalten. Bisher kam die immer größer werdende Sammlung von Exponaten im Bezirksratshaus Ehrenfeld unter. Jetzt soll das Museum ein festes Haus in Kalk bekommen. Der Haushaltsausschuss des Bundestages hat 22,13 Millionen Euro für das Migrationsmuseum bewilligt. Das Land gibt einen entsprechenden Anteil hinzu.

Der Kölner CDU-Bundestagabgeordnete Karsten Möring, der sich in den Haushaltsberatungen massiv für das Projekt einsetzte, zeigte sich über die positive Entscheidung hoch erfreut:

„Die Unterstützung des Bundes fördert die gesellschaftliche und kulturelle Vielfalt in Deutschland. Die Projektplanung erfolgte in enger Abstimmung mit dem Land Nordrhein-Westfalen, und der Stadt Köln, die auch die Immobilie bereit stellt“, so Möring

Impressum:

Ausgabe Nr. 41 der 19. Wahlperiode

16. November 2019

Herausgeber:

Bundestagsbüro Karsten Möring

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030/ 227-77611

Email:

karsten.moering@bundestag.de

Redaktion/ V.i.S.d.P.:

Karsten Möring MdB/Harald Häßler/

Dr. Jürgen Reuter

